



Conference on the History of European Integration: From Crisis to New Dynamics: the European Community 1973-83. Aarhus: Aarhus University; Kulturwissenschaftliches Institut Essen; Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der EG, 11.02.2010-12.02.2010.

Reviewed by Christian Salm

Published on H-Soz-u-Kult (March, 2010)

Conference on the History of European Integration: From Crisis to New Dynamics: the European Community 1973-83

Die historische Bedeutung der 1970er- und frühen 1980er-Jahre für den Europäischen Integrationsprozess ist umstritten. Das Spektrum wissenschaftlicher Urteile reicht von Krisendiagnosen, die sich mit den Schlagworten „dark ages“ oder „Eurosclerosis“ verbinden, bis zu konträren Sichtweisen, die von einem „Aufbruch zu einem Europa der zweiten Generation“ sprechen. Genau diese Urteile zu Überprüfungen sowie aktuelle Forschungsvorhaben zur Geschichte dieser widersprüchlichen Phase der Europäischen Integration zu diskutieren, galt das Hauptinteresse der zehnten Konferenz der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaft.

Zur Eröffnung der Konferenz wandte sich ANNE DEIGHTON (Oxford), nachdem sie einen kurzen Überblick über die Ereignisse und Entwicklungen in Europa zwischen 1973 und 1983 gegeben hatte, einigen methodischen Fragen der europäischen Integrationsgeschichtsschreibung zu. Sie plädierte dafür, neuere Forschungsansätze wie die Analyse transnationaler Beziehungen fruchtbar zu machen, zugleich aber die Diplomatiegeschichte nicht zu verabschieden. Skeptisch beurteilte Deighton die Verwendung von theoretischen Konzepten aus den Sozial- und Politikwissenschaften. Diese könnten zwar für die historische Analyse erkenntnisfördernd sein, je nach historischer Fallstudie aber auch andere Zugänge und Erkenntnisse verstellen. Eine kritische Diskussion regte Deighton mit ihren abschließenden

den Überlegungen an, ob sich die Geschichtsschreibung zur europäischen Integration nicht nur an ein spezialisiertes Publikum, sondern in stärkerem Maße auch an Politik und Öffentlichkeit richten sollte.

Nachfolgend zielten die Vorträge des ersten Konferenztages primär darauf ab, neue Forschungsfelder zu eröffnen und abzustecken. WOLFRAM KAISER (Portsmouth) leitete aus den drei Begriffen „Globalisierung“, „Transnationalisierung“ und „Europäisierung“ fünf Forschungsfelder ab: Austauschbeziehungen zwischen Europa und der Welt, Formen des Regierens in Europa, Agenda-setting durch nichtstaatliche Akteure, Versuche der politischen Führung durch Gipfelkonferenzen und Transfers von Strategien der Politikfeldgestaltung zwischen den Nationalstaaten und auf substaatlicher Ebene. Kaiser macht deutlich, dass die genannten Großbegriffe zur Strukturierung des Forschungsfeldes hilfreich seien, für die konkrete Forschung aber einer je genauen Präzisierung und Operationalisierung bedürften.

ANN-CHRISTINA LAURING-KNUDSEN (Aarhus) stellte ein neues Forschungsprojekt über das Europäische Parlament vor, das Europäische Integrationsgeschichte und transnationale Geschichtsschreibung zu verbinden sucht. Ausgangspunkt ihrer Forschung sind Fragen nach den nationalen Auswahlmechanismen und dem sozialen Profil der über 700 Abgeordneten, die bis zur ersten Direktwahl 1979 sowohl dem Europäischen

Parlament als auch ihren nationalen Parlamenten an gehörten. Eine vergleichende Analyse soll zum einen die Prägkraft und die Bedeutung des Europäischen Parlaments für die Karrierewege der Abgeordneten ermitteln. Zum anderen soll das Projekt über das demokratische Selbstverständnis der Abgeordneten als Mitglieder eines transnationalen Parlamentes Aufschluss geben.

Eine weitere, bislang in der Integrationsgeschichte vernachlässigte EG-Institution stand im Zentrum des Vortrages von MORTEN RASMUSSEN (Kopenhagen). Er skizzierte die Möglichkeiten einer Rekonstruktion der Tätigkeiten und Aktivitäten des Europäischen Gerichtshofs, die wegen der weitgehenden Vernichtung des zeitgenössischen Quellenmaterials erschwert sei und durch rechtsoziologische Perspektiven bereichert werden kann. Rasmussen legte dar, dass die Richter des EuGH ihre Arbeit als kreativen Prozess verstanden und vor allem seit den 1960er-Jahren durch konstitutionelle Interpretation der Verträge gestaltend auf den Integrationsprozess einzuwirken versuchten. Die Selbststilisierungen und Legitimationsstrategien der handelnden Akteure müssen, so Rasmussen, unbedingt kritisch historisiert werden.

Eine weitere Forschungsperspektive eröffnete PIERS LUDLOW (London), der für eine verstärkte Untersuchung der Verbindungslien zwischen Kaltem Krieg und Europäischer Integration warb. Wegen bislang noch verschlossener Quellen präsentierte Ludlow keine empirischen Beispiele, sondern konzentrierte sich darauf, seine Hypothese eines engen Zusammenhangs der beiden meist separat erforschten Bereiche für die 1970er- und 1980er-Jahre plausibel zu machen. Dazu verwies er auf Veränderungen im Ost-West-Verhältnis (DÄtente, KSZE-Verhandlungen) wie auch auf Veränderungen im inneren Gefüge der EG (Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäischer Rat). Besonders lohnenswert erscheine die Suche nach Verbindungslien vor allem für drei wahrscheinliche Phänomene des Überlappens: Erstens die transatlantischen Beziehungen, zweitens die Süderweiterung der EG und drittens die Bedeutung der (west-)europäischen Integration für Politiker und Dissidenten in Osteuropa.

Wie ein interdisziplinärer Ansatz gewinnbringend angewandt werden kann, um die Entstehung eines neuen EG-Politikfeldes zu erforschen, zeigte JAN-HENRIK MEYER (Portsmouth). Seiner Untersuchung der in den 1970er-Jahren entstehenden EG-Umweltpolitik legte er systematische politikwissenschaftliche Studien über

Prozesse des Agenda-settings zugrunde. Am Beispiel des 1973 gestarteten EG-Umweltprogramms und der EG-Richtlinie zum Vogelschutz von 1979 belegte Meyer die Rolle von Interessengruppen und nicht-staatlichen Akteuren für die Umsetzung beider umweltpolitischer Initiativen. Der Vergleich beider Fälle demonstrierte, dass sich die Rolle von Öffentlichkeit und von nicht-staatlichen Akteuren beim Agenda-setting jeweils stark unterschieden hätten.

Mit einer diplomatiegeschichtlicher Orientierung widmete sich MICHÄLE WEINACHTER (Paris) der Europapolitik von Valéry Giscard d'Estaing. Dieser habe seit Beginn seiner Regierungszeit auf einen Zusammenschluss im Währungsbereich und auf eine enge Zusammenarbeit mit der deutschen Bundesregierung gesetzt. Giscard d'Estaings europapolitische Strategie brachte Weinachter auf den folgenden Nenner: Er stehe für einen pragmatischen, federalistischen Integrationsansatz in der Mitte zwischen gaullistischen und föderalistischen Vorstellungen gestanden. Auf dieser Grundlage habe er durch enge formelle und informelle Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Helmut Schmidt konkrete Einigungsschritte wie die Gründung des Europäischen Rates voranbringen können.

Ausschließlich dem am meisten diskutierten Politikfeld der 1970er-Jahre – der europäischen Währungsintegration – war die erste Sektion des zweiten Konferenztages gewidmet. Einen Überblick über die verschiedenen EG-Währungsregime gab FERNANDO GUIRAO (Barcelona). Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems in den frühen 1970er-Jahren habe den Fortbestand und die Fortentwicklung des europäischen Integrationsprozesses grundsätzlich in Frage gestellt: Der Kollaps fixierter Wechselkurse habe starke Unregelmäßigkeiten in der EG-Agrarpolitik bewirkt, inflationäre Tendenzen begünstigt und zu einer zunehmend protektionistischen Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer geführt, deren Wirtschaftsentwicklung zudem aufgrund der allgemeinen makroökonomischen Instabilität gefährdet war. Die Lösung müssen, so Guirao, in einem Autonomie und Grenzen verbindenden System gesucht werden. Die Währungsschlange (April 1972–März 1979) habe trotz fluktuierender Teilnehmerzahl diesen Anforderungen entsprochen und sei deshalb historisch als Erfolg mit Verbesserungspotential zu werten. Der anhaltende enorme Druck auf die Regierungen der Mitgliedsländer aufgrund hoher Arbeitslosenzahlen habe dann im Jahr 1979 zu einer schnellen Zustimmung und damit zum zügigen Übergang von der Währungsschlange zum

Europäischen Währungssystem (EWS) geführt.

Die Gründung des EWS und dessen Verortung in der Geschichte der europäischen Währungsintegration stand anschließend im Fokus des Vortrags von EMMANUEL MOURLON-DRUAOL (Florenz). Er kritisierte die traditionelle Perspektive, die 1978 geführten Verhandlungen über das EWS weitgehend autonom von den vorhergehenden wirtschaftlichen Debatten in der Gemeinschaft zu untersuchen. Der exklusive Fokus vieler Historiker auf das Jahr 1978 habe insbesondere zu einer Unterschätzung des Einflusses von transnational organisierten Wirtschaftseliten schon lange vor Beginn der Verhandlungen über das EWS geführt. Die EG-Historiografie habe bislang vorwiegend das Wirken großer Männer wie Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing betont und dabei vernachlässigt, welche bedeutende Rolle insbesondere das Komitee der Zentralbankenvorsitzenden in den Vorberelegungen zum EWS seit Mitte der 1970er-Jahre gespielt habe.

Mit der Rolle eines großen Mannes bei der Formulierung und Gestaltung des EWS setzte sich GUIDO THIEMEYER (Siegen) auseinander, betonte dabei jedoch auch die Kontexte, in die Schmidt eingebettet war, und die lange Vorgeschichte der EWS-Gründung. Als Schmidt 1974 Bundeskanzler wurde, habe er zwar bereits die schweren Probleme der Weltwirtschaft als genuin politisches Problem aufgefasst, zunächst jedoch auf eine weltwirtschaftspolitische Initiative der USA gewartet. Weil die US-Regierung unter Carter jedoch passiv blieb, habe sich Schmidt dazu entschlossen, eine gezielte währungspolitische Aktion im europäischen Rahmen zu unternehmen, um dadurch auch zu einer Besserung der Weltwirtschaftslage beizutragen. Aus diesem Impuls heraus habe Schmidt gemeinsam mit Giscard d'Estaing bei der Bremer Gipfelkonferenz 1978 die Gründung des EWS vorgeschlagen.

Am Beispiel des Beitritts Griechenlands in die Gemeinschaft 1981 eröffnete ANTONIO VARSORI (Padua) die letzte Konferenzsektion über politische Zusammenarbeit und neue Politiken in der EG in den 1970er-Jahren. Den raschen Beitritt Griechenlands nur wenige Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur interpretierte Varsori als Beleg für eine neue, bedeutendere Rolle der Gemeinschaft im internationalen Kontext in der zweiten Hälfte der Dekade. Unter Berücksichtigung der Entwicklungen in Spanien und Portugal sei den EG-Mitgliedsländern schnell die Bedeutung einer Aufnahme dieser Länder in die Gemeinschaft für die inhalt-

politische Stabilisierung Südeuropas bewusst geworden. Durch ihre Erweiterung habe die Gemeinschaft somit europäische Stabilität an ihrer Südgrenze erreichen, darüber hinaus aber auch ihre internationale Bedeutung für den Ausbau und die Festigung des westlichen Demokratiemodells unter Beweis stellen wollen.

Die politische Gesamtsituation in Süd europa im Vorfeld der EG-Erweiterung um Griechenland, Portugal und Spanien untersuchte ELENA CALANDRI (Florenz). Dabei analysierte sie vor allem die Interaktionen von USA und EG mit Blick auf wirtschafts-, sicherheits- und militärische Aspekte. Die USA hätten die Fähigkeiten der EG skeptisch beurteilt, ihre wirtschaftlichen Instrumente so anzuwenden, dass Süd europa politisch stabilisiert werden kann. Zudem betrachteten die USA, so Calandri, die eigene Rolle in sicherheits- und militärischen Fragen weiterhin als zentral und pochten darauf, dass der Westen im Rahmen der NATO und nicht im Rahmen der EG für Sicherheit in der Region sorgen sollte.

Wie die EG in den 1970er-Jahren aus der Perspektive eines kleinen Landes gesehen wurde, war die Leitfrage von MICHAEL GEHLER (Hildesheim). Im Mittelpunkt seines Vortrages stand die Europa-Politik Bruno Kreisky, der von 1970 bis 1983 als österreichischer Bundeskanzler amtierte. Kreisky sah sein Hauptinteresse darin, Österreichs Unabhängigkeit gegenüber Deutschland und seinen allgemein neutralen Status zu wahren. Zur Kooperation mit der EG war er bereit, insofern dies nicht die prinzipiell aktiv neutrale Außenpolitische Linie Österreichs in Frage stellte. Gehler unterstrich allerdings, dass Kreisky mit seiner Außenpolitik eher über den europäischen Rahmen hinaus gezielt habe, was sein Engagement im Nahost-Konflikt wie auch im Nord-Südkonflikt verdeutlichte.

Der Haltung und der Rolle der EG im Nord-Südkonflikt war der abschließende Vortrag von THORSTEN OLESEN gewidmet. In den 1970er-Jahren gelang es den südlichen Entwicklungsländern im Rahmen ihres losen Zusammenschlusses als G77, die Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf die globale Agenda setzen. Olesen untersuchte die Reaktionen und Positionen der EG-Staaten. Diese waren bei den UN-Konferenzen, in deren Rahmen eine neue Weltwirtschaftsordnung debattiert wurde, stets mit einer gemeinsamen Delegation vertreten, fanden aufgrund divergierender Interessen gegenüber den Forderungen der G77 jedoch nur selten zu einer einheitlichen Position. So sei Frankreich stets deutlich offener für die inhalt-

lichen Forderungen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung gewesen als die Bundesrepublik. Die angestrebte Rolle eines Vermittlers zwischen G77 und den USA konnten die EG-Staaten deshalb nur selten spielen.

WILFRIED LOTH (Essen), Präsident der Verbindungsgruppe, fasste abschließend die verschiedenen Forschungsansätze und Forschungsergebnisse zusammen. Loth unterstrich zunächst den Zäsurcharakter der ersten Erweiterungsrunde von 1973 und verwies dann kurz auf die Wirtschaftskrise, um anschließend vor allem die erfolgreichen Integrationsschritte der Dekade zu betonen. Dabei hob er insbesondere die „Synchronisierung“ der Außenpolitik und das einheitlichere Auftreten der EG nach außen sowie die „stille Europäisierung“ der Gesellschaften auch durch den Einbezug neuer Politikbereiche hervor. Die Beitrittsgesuche und Beitrete der südeuropäischen Staaten deutete Loth als Beleg für die gewachsene Anziehungskraft der EG als „Modell“. Allerdings müssen Verbindungslien zwischen diesen diversen Entwicklungssträngen noch genauer erforscht werden. Der fröhlichen „dark ages“-These stellte Loth den Vorschlag entgegen, die Zeitspanne von 1973 bis zur Mitte der 1980er-Jahre als „period of hidden growth“ zu verstehen.

Insgesamt ist anzumerken, dass mit der im Konferenztitel vorgegebenen Zeitspanne 1973 bis 1983 alle Referenten frei umgingen – eine klare Periodisierung wurde deshalb im Rahmen der Konferenz nicht sichtbar. Hingegen wurde die komplexe Vielschichtigkeit der europäischen Integration in der behandelten Zeitspanne deutlich, zu deren genauerem Verständnis die vorgestellten Forschungsprojekte weiter beizutragen versprechen.

Konferenzübersicht:

Keynote speech:

Anne Deighton, Wolfson College, University of Oxford:

From Crisis to New Dynamics in the European Community, 1973-1983 Institutional and policy aspects of Euro-stagnation 1973-83

Chair: Kiran Patel, The European University Institute, Florence

Panel 1: Institutional and policy aspects of Euro-stagnation 1973-83

Wolfram Kaiser, University of Portsmouth:

Political dynamics in an emerging European polity.

Ann-Christina Lauring Knudsen, Aarhus University: Between Transnational and European Integration History. The Case of the European Parliament

Morten Rasmussen, University of Copenhagen: The Study of the EC Court of Justice and Community Law as a new Research Field.

Piers Ludlow, The London School of Economics and Political Science:

The new Cold War and the Expansion of European Community as a Nexus?

Jan-Henrik Meyer, University of Portsmouth: Getting started: Agenda setting in European Environmental Policy in the 1970s

Michèle Weinachter, Université de Cergy-Pontoise:

The European Policies of Valéry Giscard d'Estaing

Discussant: Nicolae Paun, Universitatea Babes-Bolyai Cluj-Napoca

Panel 2: Monetary co-operation

Chair: Jan van der Harst, Rijksuniversiteit Groningen

Fernando Guirao, Universitat Pompeu Fabra Barcelona:

The Importance of the Exchange Rate Regimes for the History of European Integration in the 1970s and 1980s

Emmanuel Mourlon-Druol, The London School of Economics and Political Science:

France and monetary Integration in Europe in the 1970s

Guido Thiemeyer, Universität Siegen

The European Currency System and the European Policies of Helmut Schmidt

Discussant: Ann-Christina Lauring Knudsen, Aarhus University

Panel 3: Political co-operation and new EC policies

Chair: Jan van der Harst, Rijksuniversiteit Groningen

Antonio Varsori, Università degli Studi di Padova:

The EEC and Greece's transition to democracy through enlargement

Elena Calandri, Università degli Studi di Firenze:

The EEC, the US and Southern Europe: from association to enlargement.

Michael Gehler, Stiftung Universität Hildesheim:

Bruno Kreisky, European Integration and Transna-

tional Socialist Party
Cooperation

Thorsten Olesen, Aarhus University:
The EC and the Challenge of the New International
Economic Order 1972-1982

Discussant: Gérard Bossuat, Université de
Cergy-Pontoise

_Closing remarks:: Wilfried Loth, Université
Duisburg-Essen, president of the liaison groupe

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Christian Salm. Review of, *Conference on the History of European Integration: From Crisis to New Dynamics: the European Community 1973-83*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. March, 2010.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=29867>

Copyright © 2010 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.